

Protokoll der inhaltlichen Vollversammlung des Referats für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende

Datum: 13.07.2017, 18:00 Uhr

Ort:

Raum S08 (Schloss)

Raum 204 (AStA-Gebäude)

Protokoll: Max Strätker

Anwesende: 9

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Wahl eines Protokollanten
3. Verabschiedung Tagesordnung
4. Ergebnisse Kassenprüfung
5. Satzung
6. Weitere Berichte aus dem Referat
7. Sonstiges

1. Begrüßung

Die Sitzung wird um 18.15 eröffnet.

2. Wahleines Protokollanten

Max wird zum Protokollanten gewählt.

3. Verabschiedung der Tagesordnung

Inhaltliche Diskussion wird unter Punkt 6 und 7 geführt.

Die Tagesordnung wird von den Anwesenden beschlossen.

4. Ergebnisse Kassenprüfung

Die Referenten stellen die Ergebnisse der Kassenprüfung anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Der Mythos "400 € Frühstück" wird aufgeklärt

- Die vorherigen Referenten gaben bei der letzten Vollversammlung an ein Frühstück für wenige Personen im Wert von 400 € veranstaltet zu haben.
- Nach erfolgter Kassenprüfung stellte sich diese Angabe jedoch als falsch heraus.
- Die vorherigen Referenten haben die Kosten falsch zusammengezählt; es wurden zwei statt nur einem Frühstück veranstaltet, zudem wurden teilweise Veranstaltungskosten hinzugerechnet.

- Da dieser Punkt nach der letzten Vollversammlung für viel Aufregung sorgte, wurde er während eines Interviews mit Radio Q klargestellt (hier nachzuhören --> <https://soundcloud.com/radioq/das-fikus-referat-an-der-uni-munster>)

Weitere fehlerhafte Angaben

- Laut letztem Protokoll sei ein Budgetüberhang in Höhe von 900 € in das aktuelle Haushaltsjahr zu erwarten.
- Stattdessen stellte sich ein Überhang von 2.430,40 € heraus. Die eigenen Angaben wurden also um 1.230,40 € überzogen.
- Damit fehlt den jetzigen FikuS-Referenten bereits fast die Hälfte ihres Budgets.
- Die Referenten stellen fest, dass der tatsächliche Betrag den vorherigen Referenten bei der letzten Vollversammlung hätte bekannt sein müssen.
- Ein mögliches Kalkül wird nicht ausgeschlossen.

Merkwürdigkeiten

- Die Referenten gehen auf mehrere Merkwürdigkeiten im Kassenbericht ein.
- Es fand eine Veranstaltung mit gleich drei Vortragenden statt, von denen keiner namentlich genannt wurde.
- Es wurden in der letzten Amtsperiode insgesamt 15 Veranstaltungen organisiert.
 - Der Großteil der Veranstaltungen entspreche dabei nicht dem Aufgabenfeld des FikuS.
- Nur drei davon wurden durch mehr als eine Facebook-Veranstaltung beworben.
- Eine Veranstaltung wurde überhaupt nicht beworben und taucht nur in der Abrechnung auf.
 - dabei handelt es sich um ein Wochenendseminar mit doppeltem Honorar und extra Ausgaben wie Wach- und Schließdienst
 - Die Referenten stellen fest, dass Arbeiterkinder keine Möglichkeit hatten an diesen Veranstaltungen teilzunehmen.
- Die Plakate für Veranstaltungen enthalten keine Namen der Vortragenden.
- Es wird die Frage gestellt, ob es sich bei diesen Vortragenden um Zugehörige der Gruppe um den Verlag Gegenstandspunkt handele.
 - Es gebe nur einen gesicherten Vorfall, allerdings wird ein Netzwerk vermutet.
 - Dafür spreche, dass viele Bücher aus dem GSP-Verlag und angeschafft wurden.
- Drei Vortragende wurden in den letzten Jahren mehr als drei Mal eingeladen.
 - Einer von diesen ist der Referatsgründer. Der Name wurde beworben und er bekam den Standardsatz.
 - Bei den anderen Beiden wurden keine Namen angegeben.
- 2016 wurden 62 Bücher im Wert von 850,51€ angeschafft. Viele davon aus dem GSP-Verlag.
- Von 62 Büchern, waren 9 bei Amtsantritt ausfindig zu machen.
- 53 Bücher im Wert von mehr als 600€ fehlen.
 - Unter anderem eine komplette Hegel-Werkausgabe mit einem Anschaffungswert von 180€.
- Die Referenten betonen, dass hier ein Missbrauch von Geldern der Studierendenschaft vorliegt.

Gegenmaßnahmen

- Die Referenten stellen mehrere Gegenmaßnahmen vor, die in einer zu beschließenden Satzung zukünftigem Missbrauch vorbeugen sollen.

- Die Satzung soll sich ausdrücklich vom GSP-Netzwerk distanzieren und eine Unvereinbarkeitsklausel mit der lokalen Gruppe "destruktive Kritik" beschließen.
 - Die Referenten weisen darauf hin, dass diese Gruppe seit mehr als 10 Jahren versucht sich über den FikuS zu finanzieren.
 - Das FikuS müsse sich gegen eine Übernahme von Innen schützen.
- Jede Veranstaltung soll angemessen beworben werden.
- Vollversammlungen sollen zwei Wochen im Vorraus angekündigt.
- Vortragende sollen öffentlich bekanntgegeben werden.
- Bücheranschaffung, -verleih und -bestand soll sorgfältig dokumentiert werden.
 - Die Referenten stellen fest, dass es derzeit noch nicht möglich ist, die Bücherei des FikuS in das System der Universität aufzunehmen.

5. Satzung

Die Stimmberechtigung der Anwesenden wird geprüft. Alle Anwesenden sind stimmberechtigt.

Die Referenten weisen darauf hin, dass sich der Satzungsentwurf an der Satzung vom Referat für Schwule und transsexuelle Studierende orientiert.

Die Versammlung beschließt ein Verfahren in drei Lesungen:

1. Lesung: Feststellung Redebedarf
2. Lesung: Klärung Redebedarf; Änderungsanträge
3. Lesung: Nochmalige Lesung aller geänderten Abschnitte und mögliche weitere Änderungen

1. Lesung

Präambel: kein Redebedarf

§1

- (1): Redebedarf; Hinzufügen von sozialer Benachteiligung
- (2): kein Redebedarf
- (3): Redebedarf; Klärung Begriffe "unverschuldet" und "Kapital der Eltern"; Anwendung auf Fälle sozialen Abstiegs der Eltern, oder falls Eltern kein Geld an ihre Kinder zahlen
- (4): kein Redebedarf
- (5): kein Redebedarf
- (6): kein Redebedarf
- (7): Redebedarf; Ausschließen des GSP vor allem im Hinblick auf die "Ewigkeitsklausel" §7 (2)
- (8): kein Redebedarf
- (9): Redebedarf; Definition von "Zusammenarbeit"
- (10): Redebedarf; angemessene Anzahl von Plakaten

§2 (gesamt): kein Redebedarf

§3

- (1): kein Redebedarf
- (2): kein Redebedarf
- (3): kein Redebedarf
- (4): Redebedarf; Reform des schwarzen Bretts, Anzahl der Plakate; Facebook
- (5): Redebedarf; Beschränkung auf drei Vollversammlungen
- (6): kein Redebedarf
- (7): Redebedarf; Ideologieunabhängigkeit; Ausschluss des GSP
- (8): Redebedarf; materielle und digitale Speicherung

§4

- (1): kein Redebedarf
- (2): kein Redebedarf
- (3): Redebedarf; materielle und digitale Speicherung
- (4): Redebedarf
- (5): kein Redebedarf
- (6): kein Redebedarf
- (7): Redebedarf
- (8): Redebedarf; unklare Regelung der Wahlgänge
- (9): Redebedarf

§5

- (1): kein Redebedarf
- (2): Redebedarf
- (3): Redebedarf
- (4): Redebedarf

§6 (gesamt): Redebedarf

§7

- (1): kein Redebedarf
- (2): Redebedarf

(3): kein Redebedarf

Abstimmung: Erlauben von mündlichen Änderungsanträgen

6 Dafür

3 Dagegen

Angenommen

Polina wird zur Schriftführerin bei einer Enthaltung gewählt.

Abstimmung: Beschluss zunächst aller Absätze eines Paragraphs, dann des gesamten Paragraphs
einstimmig angenommen

2. Lesung

§1

(1)

Es wird vorgeschlagen "soziale Benachteiligung", der finanziellen und kulturellen hinzuzufügen.

Es wird argumentiert, dass dies den Kategorien von Bourdieu und somit dem Gründergedanken des Referats besser entsprechen würde.

Änderungsantrag 1, §1 (1): Einfügen sozialer Benachteiligung

einstimmig Angenommen

(2)

Es wird vorgeschlagen "unverschuldet" und "Eltern" zu streichen.

Es wird argumentiert, dass "unverschuldet" an dieser Stelle tautologisch sei.

Es wird argumentiert, dass Kapital, allgemein und nicht nur auf die Eltern bezogen, die Situation mit einbeschließt, dass die Eltern zwar über Kapital verfügen, dieses jedoch nicht dem Kind zu Gute kommt.

> Eine Redeliste wird einstimmig beschlossen <

Änderungsantrag 2, §1 (2): Streichung "unverschuldet"

Angenommen (bei einer Enthaltung)

Änderungsantrag 3, §1(2): Streichung "ihrer Eltern"

Angenommen (bei drei Enthaltungen)

(7)

Es wird vorgeschlagen "ideologieunabhängig" zu streichen.

Es wird argumentiert, dass dies zu sehr einschränke.

Es wird dagegenargumentiert, dass damit nicht ideologiefrei, sondern ideologieübergreifend gemeint sei.

Änderungsantrag 4, §1(7): Streichung "ideologieunabhängig"

5 Dafür

4 Dagegen

Angenommen

Es wird vorgeschlagen die Abgrenzung vom Verlag "Gegenstandpunkt" zu streichen.

Es wird argumentiert, dass die Abgrenzung von einer Gruppe willkürlich sei und befürchtet in Zukunft langwierige Debatten um die Abgrenzung von anderen Gruppen zu führen.

Es wird argumentiert, dass eine Festschreibung des GSP keine Lösung des Referats vom GSP darstelle, sondern einen gegenteiligen Effekt hätte.

Es wird dagegenargumentiert, dass der Absatz eine Reaktion auf konkrete Vorfälle darstelle. Es wird betont, dass es bislang nur eine Organisation gebe, welche die Arbeit des FikuS konkret behindert und dessen Finanzen für seine Zwecke missbraucht habe. Man müsse Nachfolger vom Einfluss dieser Gruppe warnen.

Es wird vorgeschlagen den allgemeinen Willen zur Distanzierung vom GSP festzustellen, bevor man die konkrete Form bespricht.

Abstimmung: Genereller Ausschluss vom GSP in der Satzung

7 Dafür

2 Dagegen

Angenommen

Änderungsantrag 5, §1(7): Streichung Teil des letzten Satzes nach "im Bildungssystem dienen" [Ausdrückliche Distanzierung vom Verlag Gegenstandspunkt]

4 Dafür

4 Dagegen

1 Enthaltung

Abgelehnt

(9)

Es wird vorgeschlagen den Absatz ersatzlos zu streichen.

Es wird argumentiert, dass dieser die Arbeit des FikuS zu sehr einschränke, da es in der politischen Arbeit öfter passiere, dass man von Gruppen unterstützt werde, die nicht öffentlich genannt werden möchten. Als Beispiel wird aufgeführt, dass z.B. Parteien eine Aktion gegen Studiengebühren unterstützen könnten, aber aus verschiedenen parteipolitischen Überlegungen nicht als offizieller Unterstützer auftreten möchten.

Es wird argumentiert, dass Zusammenarbeit nicht klar definiert werde.

Es wird dagegenargumentiert, dass dieser Absatz Missbräuche der Vergangenheit vorbeuge und Transparenz schaffe.

Änderungsantrag 6, §1(9): Streichung Absatz

1 Dafür

6 Dagegen

2 Enthaltungen

Änderungsantrag 7, §1(9): einfügen "unter dem Einsatz finanzieller Mittel" vor "zusammenarbeiten"

einstimmig angenommen

> Die Zahl der Stimmberechtigten steigt auf 10 <

(10)

Es wird kritisiert, dass sich die Satzung an Konzerne wie Facebook bindet.

Es wird kritisiert, dass 60 Plakate zu groß und eine zu spezifische Angabe sei.

Änderungsantrag 8, §1(10): Neue Formulierung "angemessen zu bewerben, aber mindestens unter Nutzung von Plakaten, den sozialen Medien, der Homepage und Rückgriff auf den AstA"

einstimmig angenommen

§3

(4)

Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Schwarze Brett des AstA möglicherweise in näherer Zukunft reformiert.

Es wird auf die vorherige Diskussion hingewiesen.

Änderungsantrag 9, §3(4): Neue Formulierung "gemäß der Satzung der Verfassten Studierendenschaft" [statt Schwarzes Brett]; Neue Formulierung "sowie zusätzlich mit Plakaten über den Institutions-und Fachschaftsverteiler" [statt 60 Plakate & AstA Newsletter]

9 Dafür

1 Enthaltung

Angenommen

(5)

Es wird darauf hingewiesen, dass die derzeitige Formulierung nur eine zusätzliche Vollversammlung zuließe.

Änderungsantrag 10, §3(5): Neue Formulierung "können durch den/die Referent*innen zusätzliche außerordentliche Vollversammlungen einberufen werden"

einstimmig angenommen

(7)

Es wird vorgeschlagen den Absatz ersatzlos zu streichen. Es wird dabei auf die vorherige Diskussion verwiesen. [Abgrenzung vom GSP]

Änderungsantrag 11, §3(7): Streichung Absatz

2 Dafür

7 Dagegen

1 Enthaltung

Abgelehnt

(8)

Es wird vorgeschlagen die Art der Dokumentation festzulegen.

Änderungsantrag 12, §3(8): einfügen "und digital und analog zu archivieren"

einstimmig angenommen

> Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit (21 Uhr) stehen die Räumlichkeiten im Schloss nicht mehr zur Verfügung <

> Es wird einstimmig beschlossen die Versammlung in den Raum 204 [AstA-Gebäude] zu verlegen <

> Die Zahl der Stimmberechtigten sinkt auf 8 <

§4

(3)

Es wird vorgeschlagen die Dokumentation zu konkretisieren.

Es wird dagegenargumentiert, dass "sorgfältig zu dokumentieren" ausreiche und genügend Spielraum für eine konkrete Gestaltung übrig lasse.

Änderungsantrag 13, §4(3): Neue Formulierung "sind digital und in Papierform zu dokumentieren"

1 Dafür

3 Dagegen

4 Enthaltungen

Abgelehnt

>Es wird vorgeschlagen §3 einen neuen Absatz hinzuzufügen <

§3

Es wird vorgeschlagen eine Klausel für Beschlussunfähigkeit hinzuzufügen.

Es wird vorgeschlagen, dass eine Beschlussfähigkeit feststellbar ist, wenn weniger als die Hälfte der Anfangsteilnehmer einer Versammlung anwesend sind.

Es wird vorgeschlagen das Quorum auf ein Drittel zu senken.

Änderungsantrag 14, §3(10): Neuer Absatz (10); "Die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung kann auf Antrag eines Stimmberechtigten geprüft werden. Diese ist nicht gegeben, sobald nur noch höchstens ein Drittel der zu Beginn der Vollversammlung anwesenden Stimmberechtigten anwesend sind."

6 Dafür

1 Dagegen

1 Abwesend

Abstimmung über § 2 & §3

5 Dafür

3 Enthaltungen

Angenommen

§4

(4)

Es wird vorgeschlagen, dass Referenten auf Anfrage nur "auskunftspflichtig" sein müssen, da "rechenschaftspflichtig" einen Rechenschaftsbericht verlange.

Änderungsantrag 15, §4(4): Neue Formulierung "auf der dazugehörigen Vollversammlung rechenschaftspflichtig sowie zwischendurch auf Anfrage eines oder mehrerer Statusgruppenmitglieder auskunftspflichtig"

einstimmig angenommen

(7)

Änderungsantrag 16, §4(7): Neue Formulierung "Es werden in der Regel zwei Referent*innen gewählt" [Sinn mit Blick auf Anschlussatz]

einstimmig angenommen

(8)

Es wird kritisiert, dass eine 2/3-Mehrheit unüblich sei und das Verfahren nur in die Länge ziehe.

Es wird dagegen argumentiert, dass so eine Blitzabstimmung zu Beginn der Versammlung verhindert werden könne und zudem zu Dialog angeregt werde.

Es wird vorgeschlagen die Wahlgänge besser zu definieren.

Es entbrennt eine langwierige Diskussion um die Klärung der Begriffe "absolute, einfache und relative" Mehrheit.

Änderungsantrag 17, §4(8):

Neue Formulierung (sinngemäß):

1. Wahlgang: absolute Mehrheit

2. Wahlgang: relative Mehrheit

bei Stimmgleichheit: 3. Wahlgang

bei anhaltender Stimmgleichheit: Los

einstimmig angenommen

(9)

Es wird vorgeschlagen nicht entlastete Referent*innen nicht für ewig von einer Kandidatur auszuschließen.

Änderungsantrag 18, §4(9): einfügen "in der anschließenden Amtsperiode"

einstimmig angenommen

Abstimmung §4

einstimmig angenommen

§5

(2)

Es wird darauf hingewiesen, dass die Referent*innen den Finanzbericht erstellen sollten und nicht die Kassenprüfer.

Änderungsantrag 19, §5(2): Neue Formulierung "Die Kassenprüfer prüfen zur ordentlichen Vollversammlung hin den Haushalt des Referats und den Finanzbericht, der von den Referent*innen mit Bekanntgabe der ordentlichen Vollversammlung zu veröffentlichen ist."

einstimmig angenommen (bei einer Abwesenheit)

Abstimmung § 5 sowie dessen Umbenennung in "Die Kassenprüfung & Finanzbericht"

einstimmig angenommen (bei einer Abwesenheit)

§6

(1)

Es wird darauf hingewiesen, dass dieser Absatz tautologisch sei.

Änderungsantrag 20, §6(1): Streichung Absatz

6 Dafür

2 Enthaltungen

Angenommen

(2)

Änderungsantrag 21, §6(2): Neue Formulierung "Das Magazin "Dishwasher" wird weitergeführt. Das Referat hat die Möglichkeit für die Vorbereitung und Herausgabe eine Projektstelle einzurichten."

einstimmig angenommen

Abstimmung § 6

5 Dafür

2 Enthaltung

1 Abwesend

§7

(2)

Es entbrennt eine lange Debatte um den Umfang der "Ewigkeitsklausel".

Änderungsantrag 22, §7(2): Änderung "§1" in "§1(1)" [deutliche Verkleinerung des Umfangs]

3 Dafür

5 Dagegen

Abgelehnt

3. Lesung

Änderungsantrag 23, §1(7): Verschieben des Absatzes in §6 "Sonderbestimmungen"

3 Dafür

3 Dagegen

2 Enthaltungen

Abgelehnt

Änderungsantrag 24, §7(2): Änderung "§1" in "§1 (1)-(5)"

2 Dafür

6 Dagegen

Abgelehnt

Abstimmung über die komplette Satzung

6 Dafür

2 Dagegen

Die Satzung wird beschlossen!

6. Weitere Berichte aus dem Referat

Krankenkassen-Reader

- Die Referenten planen die Erstellung eines Krankenkassen-Readers
- Es findet demnächst ein Gespräch mit einer möglichen Kandidatin für eine Projektstelle statt.
- Der Reader soll drei Teile umfassen:
 - 1. Teil: Krankenkasse + Pflegeversicherung
 - 2. Teil: Praxistipps
 - 3. Teil: weitere Versicherungen / Politik (z.B. Sozialwahl)

Öffentlichkeitsarbeit

- Artikel im neuen deutschland (leider hinter Paywall)
- Interview im Radio Q
- Teilnahme am internationalistischen Sommerfest
- Teilnahme am internationalen Sommerfest

Die Referenten planen den Aufbau eines Grundstocks an Informations- und Werbematerial.

Es entbrennt eine Diskussion um Farbtöne.

Zukünftige Aktionen

- Erstsemesterbegrüßung
- Hochschultag
- weitere Vergabe von Projektstellen
- Vorträge ab nächstem Semester
- Ausstellung zu Wanderarbeit
- Vernetzung mit den Asten der Universitäten Düsseldorf & Bielefeld
 - In Bielefeld ist die konkrete Gründung eines Arbeiterkinderreferats in Planung.
- Kooperation mit arbeiterkind.de
 - Evtl. Lesung zu einem Buch
 - eher biographisch orientiert, da arbeiterkind.de nicht politisch auftreten darf
 - eher biographisch orientiert, da arbeiterkind.de nicht politisch auftreten möchte

7. Sonstiges

Vorschläge für die zukünftige Arbeit des FikuS-Referats

- Erhebung von Informationen zu Arbeiterkindern an der Uni
 - Systematische Aufarbeitung der Situation
- Sensibilisierung für die Situation von Arbeiterkindern
 - Plakate mit den erarbeiteten Informationen

Es wird betont, dass es Aufgabe des FikuS sei den Diskurs über Arbeiterkinder an Hochschulen in eine geeignete Richtung zu verschieben.

Die Referenten möchten Veranstaltungen mit Lehramtsstudenten durchführen, da sie in der Schule einen wesentlichen Entstehungsort für Klassismus ausmachen und zukünftige Lehrer sensibilisieren wollen.

Es wird festgehalten, dass die Kassenprüfer auf der nächsten Vollversammlung gewählt werden.

Die Sitzung wird um ca. 23.30 Uhr beendet.